

Rüstung, Wirtschaft, Konversion

Fakten und Argumente*

Dr. Herbert Wulf, geb. 1939, studierte Betriebswirtschaft und Soziologie in Köln, Mannheim und Hamburg. Er ist seit 1978 wiss. Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

Rüstung und Sozialabbau

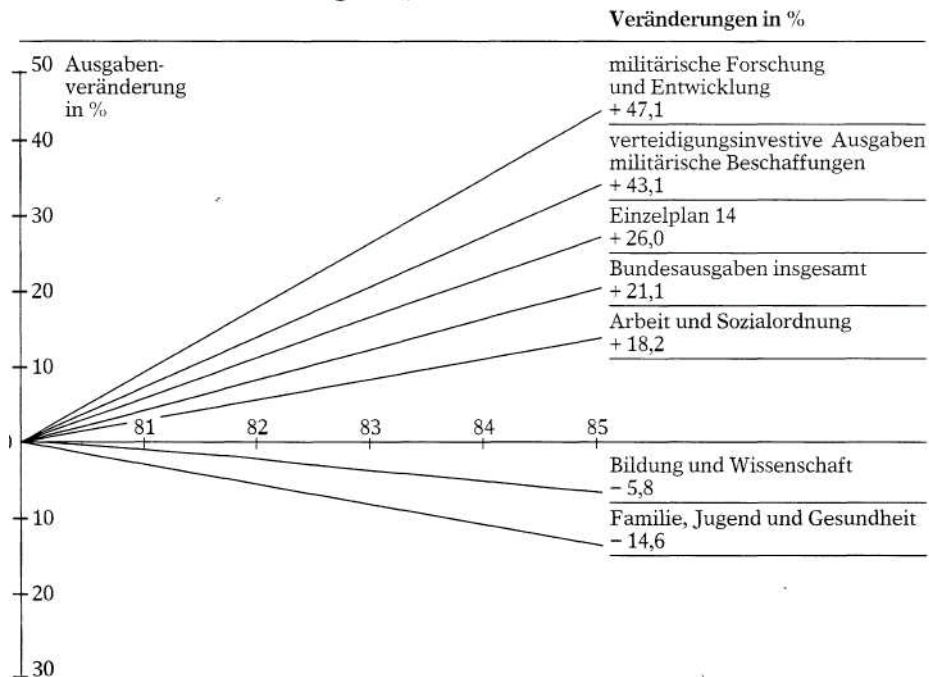
Hohe Arbeitslosenzahlen, wachsende Armut, fehlende Ausbildungsplätze für Jugendliche, Abbau von Sozialleistungen, eine anhaltende weltwirtschaftliche Krise trotz konjunktureller Aufschwünge in einzelnen Ländern, eine angespannte Kassenlage und hohe Verschuldung der öffentlichen Hand kennzeichnen die wirtschaftliche und soziale Situation in vielen Ländern - auch in der Bundesrepublik.

Ganz anders ist die Situation im Rüstungsbereich: 1980 wurden weltweit rund 600 Milliarden Dollar für Militär und Rüstung ausgegeben, 1984 waren es schon über 800 Milliarden und inzwischen dürfte wohl die 1000-Milliarden-Grenze überschritten sein. Die Militärausgaben wachsen weltweit schneller als das Bruttosozialprodukt oder die öffentlichen Haushalte. Die in vielen Aufrufen und Studien von internationalen Kommissionen und Expertengremien beklagte Realität ist die Gleichzeitigkeit von wirtschaftlichen und sozialen Problemen auf der einen Seite und ständig wachsenden Rüstungsausgaben auf der anderen.

Auch in der Bundesrepublik ist die Umschichtung knapper staatlicher Mittel zugunsten des Militärapparates keine pessimistische Zukunftsahnung sondern Realität. Während beispielsweise die Haushalte für Bildung und Wissenschaft sowie für Familie, Jugend und Gesundheit in den achtziger Jahren sanken, stiegen die Ausgaben für militärische Beschaffungen beträchtlich. Für diese Politik gibt es zwei herausragende Vorbilder. Die Regierung der Vereinigten Staaten erhob in den achtziger Jahren die Aufrüstung bei gleichzeitigem Sozialabbau zum Programm und setzte diese Politik konsequent durch. Eine zweite Parallele weist auf die Brüning'sche Deflationspolitik hin. Wie unter Reichskanzler Brüning, Anfang der dreißiger Jahre, soll auch heute die Wirtschaftskrise durch die Prioritätensetzung zugunsten der Finanzpolitik

* Der Beitrag erscheint demnächst in: Lutz van Dick (Hg.), Lernen in der Friedensbewegung. Ideen für pädagogische Friedensarbeit (Reihe Pädagogik); 2. ergänzte und aktualisierte Auflage, Beltz Verlag, Weinheim 1987. Diese Arbeit beruht auf Ergebnissen eines Forschungsprojektes am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Siehe K. Schomacker, Peter Wüke, Herbert Wulf, Alternative Produkte statt Rüstung, Bund Verlag, Köln 1987.

Entwicklung der Bundesausgaben, wichtige Bereiche der Sozialausgaben des Bundes und der Militärausgaben, 1980 – 1985



In: Huffschnid/Voß/Zdrowomyslaw, Neue Rüstung – Neue Armut, Köln 1986

und zu Lasten der Sozialpolitik bekämpft werden. Wie bei Brüning und in der Reagan-Regierung heißt es heute in der Bundesrepublik, erst die Wiederbelebung der privatwirtschaftlichen Kräfte durch eine radikale Politik der Kostensenkung könne die Situation ändern; das Sozialsystem muß als Verursacher für die Wirtschaftskrise erhalten. Auch für die fehlgeschlagene Brüningssche Roßkur wurde ein sozialpolitischer Opfergang verlangt und von der notwendigen Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt gesprochen.

Allerdings besteht zwischen Sozialabbau und Rüstung kein direkter Zusammenhang. Kürzungen im Sozialbereich werden nicht vorgenommen, um den Rüstungshaushalt zu finanzieren. Vielmehr sind die Roßkuren für das Sozialsystem und das Konzept Sicherheit auf der Basis militärischer Stärke zwei unabhängig voneinander verfolgte Programme. Anders ausgedrückt: Sollten Abrüstungsschritte und Kürzungen der Militärausgaben gelingen, ist damit keineswegs sichergestellt, daß die freiwerdenden Mittel zur Linderung der Armut, für Beschäftigungsprogramme oder für die Überwindung der Unterentwicklung eingesetzt werden.

Falsche wirtschaftliche Argumente

Nicht nur sicherheitspolitische oder militärische Argumente für erhöhte Rüstungsaufwendungen werden vorgebracht; es hat schon Tradition bei Befürwortern hoher Militärausgaben, auf die angeblich positiven wirtschaftlichen Effekte von Rüstungsproduktion und Militärausgaben hinzuweisen. Aufschwung erhielt dieses Argument in den letzten Jahren durch die Debatte um die amerikanische Weltraumrüstung, die uns neben der Sicherheit von Atomwaffen zusätzlich den technologischen Schub ins nächste Jahrhundert bescheren soll. Die Abfallprodukte der Weltraumrüstung sind so groß - so behaupten die Befürworter -, daß kein Industrieland auf eine Mitwirkung verzichten kann. Im Umkehrschluß heißt das: Abrüstung würde die wirtschaftlichen Probleme verschärfen. Richtig ist, daß durch staatliche Ausgaben - auch durch Rüstungsausgaben - Nachfrage entsteht, Aufträge vergeben und Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Übersehen wird in dieser Argumentation, daß eine Senkung der Militärausgaben ausgeglichen werden kann. Entweder kann der Staat statt Rüstung andere Produkte nachfragen oder andere öffentliche Dienstleistungen erbringen (Mangel besteht ja in vielen Bereichen: Gesundheitswesen, Bildung, Verkehr, Umweltschutz) oder aber der Staat kann das Ausgabenniveau senken und durch die Steuersenkung den privaten Verbrauch anheben und Investitionen stimulieren. Nach herrschender Wirtschaftstheorie kann also überhaupt kein volkswirtschaftliches Problem entstehen. Die Behauptung von den Wachstumseffekten der Militärausgaben ist also kein stichhaltiges Argument gegen Abrüstung.

Ebensowenig tragfähig ist die Behauptung, die Rüstungsindustrie sei wegen der Entwicklung von Spitzentechnologie eine wichtige Voraussetzung für jedes hochentwickelte Industrieland. Rüstungsproduktion bewirkt vielmehr eine langfristige folgenreiche Verzerrung der Industriestruktur, indem schöpferische Kapazitäten (technologisches Innovationspotential), Maschinen und ein überdurchschnittlich qualifizierter Stab an Facharbeitern und Technikern von einer alternativen, auf zivilen Bedarf orientierten Verwendung abgezogen werden. Dies schwächt langfristig die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit des zivilen Sektors der Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt.

Ein Vergleich der Wirtschaftsentwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg zwischen den USA, Großbritannien und Frankreich einerseits und Japan und der Bundesrepublik andererseits ergibt zumindest eine statistische Bestätigung dieses Zusammenhanges. Die Bundesrepublik und Japan haben die Rüstungsproduktion erst mit einiger Verzögerung wieder aufgenommen und konnten ihr industrielles Potential ausschließlich auf die Entwicklung des zivilen Exports konzentrieren. Das zeitweilige Fehlen einer Rüstungsindustrie wirkte sich positiv auf eine schnellere außenhandelsbedingte wirtschaftliche Entwicklung in Japan und der Bundesrepublik aus.

In den USA, Frankreich und Großbritannien dagegen wurde ein technologisch anspruchsvoller Bereich der Industrie für die Herstellung und Wartung von militärischem Gerät bereitgestellt, während in Japan und der Bundesrepublik überdurchschnittliche Exportsteigerungen und höhere Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes durch eine Konzentration der industriellen Fertigung auf die Investitionsgüterindustrie und den Fahrzeugbau erzielt wurden. Der Aufbau von Rüstungsindustrien ist also das genaue Gegenteil einer zukunftsorientierten Industriepolitik.

Die Umstellung der Produktion

Bei der (planvollen) Umstellung der Produktion von Waffen und anderer militärischer Geräte auf zivile Fertigung, der Konversion, geht es um die Verlagerung und alternative Nutzung menschlichen Könnens und Wissens sowie materieller Ressourcen, die für militärische Vorhaben bestimmt waren, in Bereiche, die zur wirtschaftlichen und ökologisch sinnvollen Entwicklung beitragen können. Rüstungskonversion, Produktionsumstellung, die Herstellung sozial nützlicher Güter - diese Begriffe haben an Aktualität gewonnen. Dafür sind verschiedene Gründe maßgebend:

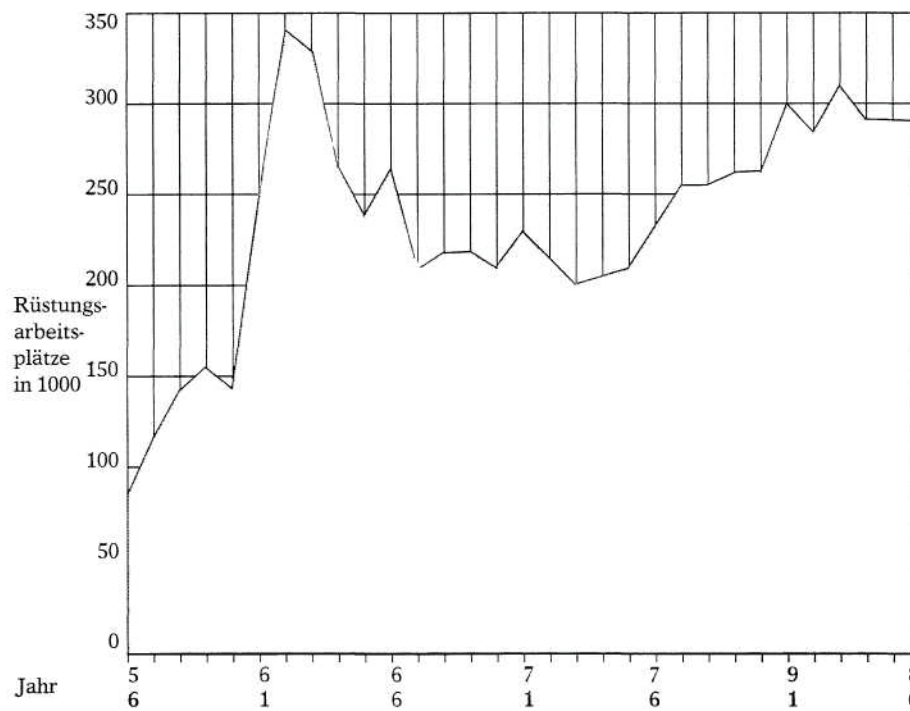
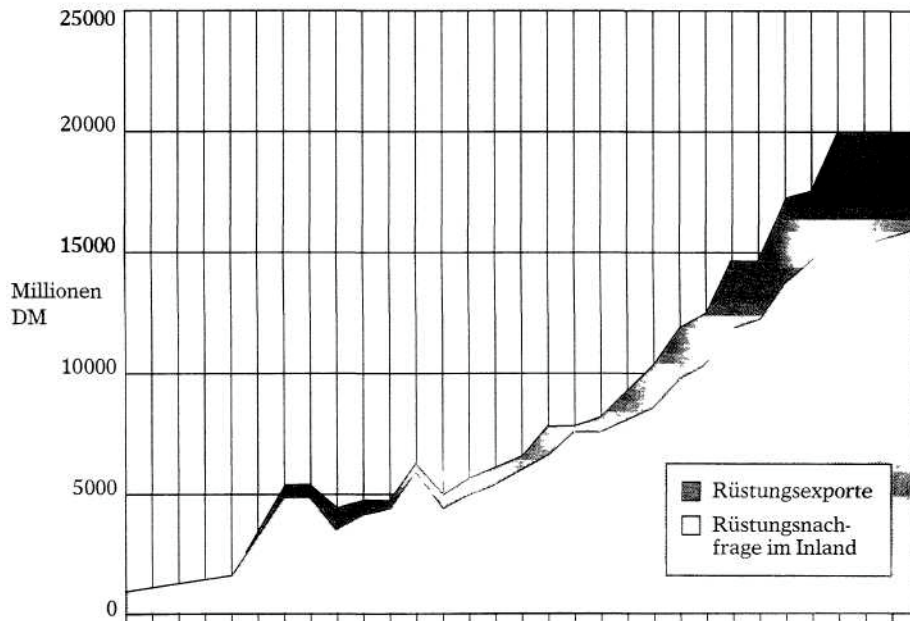
Das ökonomische Problem: Angesichts der langanhaltenden weltwirtschaftlichen Krise fehlen vielen Unternehmen marktfähige Produkte. Konversion ist gelegentlich für Belegschaften zu einem Instrument geworden, das Entlassungen aufgrund fehlender Absatzchancen nicht einfach hinnimmt, sondern nach Alternativen sucht. Auch in der Rüstungsindustrie der Bundesrepublik wird der Problemdruck größer. In einzelnen Zweigen der Rüstungsfertigung (Werften) wurde bereits die Zahl der Beschäftigten reduziert.

Nachdem in den siebziger Jahren erhebliche Überkapazitäten in der Rüstungsindustrie aufgebaut worden sind, wird Ende der achtziger Jahre, nach Auslaufen der großen Beschaffungsprogramme (Leon, Fregatten, Alpha Jet, Tornado) ein mittelfristiger Abbau von Rüstungsproduktionskapazitäten folgen. In den einzelnen Bereichen (zum Beispiel in der Panzerproduktion) werden seit 1986 und in den folgenden Jahren die Produktionskapazitäten um circa 50 Prozent verringert. Es wird unweigerlich zu Beschäftigungsabbau und Entlassungen kommen, wenn keine Alternativen gefunden werden.

Ein Ausweg in gesteigerten Rüstungsexport scheint wenig wahrscheinlich, da zum ersten Mal seit Ende der siebziger Jahre der Weltrüstungsmarkt wegen fehlender Finanzmittel vieler Dritte-Welt-Länder schrumpft; dennoch bemüht sich die Rüstungsindustrie natürlich, ihre Waffen in den Krisen- und Kriegsgebieten dieser Welt zu verkaufen.

Die friedenspolitische Diskussion: Während der Ausgangspunkt für Konversionsüberlegungen in Rüstungsbetrieben meist die Bedrohung von Arbeitsplätzen ist, machte das weitverbreitete friedenspolitische Engagement an den Fabrikatoren nicht halt. Häufig wird die Produktpalette mit den exponiertesten Großprojekten, vor allem aber deren Export von Waffen in die Dritte Welt kri-

Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte der Bundesrepublik Deutschland



tisiert. Die gesellschaftlich breit gestützte Kritik am eigenen Produkt lenkte die Aufmerksamkeit der Belegschaft auf mögliche andere Produkte.

Die ökologische Kritik: Verstärktes Umweltbewußtsein richtete den Blick bei der Suche nach Alternativen zur Rüstung vor allem auf Produkte, die geringe ökologische Folgekosten haben, also in Herstellung und Ge- oder Verbrauch besonders rohstoff- und energieschonend sind und Abfallbeseitigungsprobleme verringern.

Die Technik-Kritik: Rüstungstechnologie ist im Regelfall der Prototyp von Großtechnologie. Es ist daher nicht verwunderlich, daß die allgemeine Kritik an Großtechnologie oder speziell arbeitskräftesparenden Technologien auch in der Diskussion um Rüstungstechnik aufgenommen wird. Ein gesellschaftlich nützliches Produkt soll unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellt werden.

In der pessimistischen Prognose für Teile der Rüstungsindustrie in den nächsten Jahren sind sich Politiker, Unternehmensleitungen, Gewerkschaften und Wissenschaftler weitgehend einig. Aber die von den verschiedenen Gruppen verfolgten Strategien zur Lösung der Probleme sind völlig unterschiedlich. Während die Unternehmen oft auf neue Aufträge der Bundeswehr hoffen und den Export forcieren, suchen einige Betriebsräte nach alternativen Produkten.

Gewerkschaftliche Arbeitskreise „Alternative Fertigung“

Schon seit langem existieren in verschiedenen norddeutschen Rüstungsbetrieben gewerkschaftliche Arbeitskreise „Alternative Fertigung“, die mit Unterstützung des Betriebsrates versuchen, neue Wege aus der Abhängigkeit der Rüstungsproduktion zu gehen. Dabei werden neue Produkte vorgeschlagen und Veränderungen der Produktion gefordert. Man will nicht vor der Alternative stehen, für erhöhten Rüstungsexport zu demonstrieren oder aber den Arbeitsplatz zu verlieren.

Die Arbeitskreise fordern:

- Sicherung von Arbeitsplätzen durch zivile Alternativen zur Rüstungsproduktion;
- schrittweisen Abbau der betrieblichen Abhängigkeit von Rüstungsproduktion;
- eine gesellschaftlich sinnvolle und nützliche Produktion;
- Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmungsmöglichkeiten für Arbeitnehmer und ihre Interessenvertretung.

In den Gewerkschaften werden die Arbeitskreise heute positiv beurteilt und unterstützt. Horst Klaus, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, meint, die Mitbestimmung bei den Produkten „könnte auf der Unternehmens- beziehungsweise betrieblichen Handlungsebene der Gewerkschaften eine Antwort auf die beschäftigungspolitische Herausforderung

sein“. Die Arbeitskreise konkretisieren mit ihrer Aktivität die oft sehr allgemein gehaltenen Abrüstungsforderungen der Gewerkschaften.

Mit ihren Vorschlägen belegen die Arbeitskreise, daß genügend Produkte im alternativen Bereich existieren. Und sie zeigen, daß die zivilen Produkte in ihrem Betrieb gefertigt werden könnten, ohne daß es zu Arbeitsplatzverlusten oder Dequalifizierungen kommen muß. Das Wort „alternativ“ bedeutet hier zunächst nur alternativ zu Rüstungsproduktion und nicht die Einführung völlig neuer Produkte. Aus der Sicht der Beschäftigten kann die verstärkte Fertigung von Blockheizkraftwerken durchaus eine „alternative Produktion“ zum Bau von Kriegsschiffen sein. Statt Kampfflugzeuge wollen Beschäftigte Luftschiffe bauen, die besonders geeignet sind, Umweltverschmutzer auf den Meeren aufzuspüren. Statt der Stilllegung von Bahnstrecken tatenlos zuzusehen, haben Beschäftigte in einem Rüstungsbetrieb Triebwagen für die Bundesbahn konzipiert, die manchen unrentablen Schienenweg wieder attraktiv machen könnten. Hunderte Vorschläge sind, teilweise bis in Details, ausgearbeitet.

Politische Rahmenbedingungen

Bedarf für Konversion ist also vorhanden; auch die technischen Probleme der Umstellung in den Betrieben sind lösbar. Es fehlt oft an der kaufkräftigen Nachfrage. Sofern sich Regierungen überhaupt zur Konversion äußern, tun sie es in der Regel ablehnend. Hindernisse bestehen auf drei Ebenen:

Erstens fehlt der Wille zur Abrüstung und zum Abbau der Rüstungsproduktion. Die Militärausgaben und die Ausgaben für die Beschaffung von Waffen sind global - wie auch in der Bundesrepublik - seit den fünfziger Jahren kontinuierlich gestiegen. Weitere Aufrüstungsschübe sind geplant. Konkretes Ziel der Regierungen ist derzeit nicht ein Abbau von Rüstungskapazitäten, sondern vorhandene Kapazitäten so zu fördern, daß der Anschluß an die technologische Spitze in der Rüstung nicht verlorenght.

Zweitens verhindern die derzeit bestehenden betrieblichen Entscheidungsstrukturen weitgehend die Umsetzung der von Beschäftigten entwickelten Alternativkonzepte. Das von den gewerkschaftlichen Arbeitskreisen angelegte Kriterium der sozialen Nützlichkeit der Produktion entspricht vielfach nicht marktwirtschaftlicher Logik. Das Ziel der Arbeitskreise, über das Was und Wie der Produktion mitzubestimmen, wird von Unternehmensleitungen nicht akzeptiert, weil es eine Veränderung der betrieblichen Entscheidungsstrukturen bedeuten würde.

Drittens schließlich bietet die praktizierte Wirtschaftspolitik und die krisenhafte wirtschaftliche Situation wenig Anreiz für Umstellung und Diversifikation. Konversion paßt nicht in konservative Wirtschaftskonzepte. Aus ordnungspolitischen Überlegungen werden staatliche Eingriffe zur Umstellung abgelehnt, obwohl die Rüstungsindustrie wie kaum eine andere Branche von staatlichen Eingriffen abhängt.

Neben den positiv zu bewertenden Initiativen für eine Verringerung der Rüstungsproduktion, gegen Rüstungsexport und für alternative Produktion existieren pessimistisch einzuschätzende politische Rahmenbedingungen, die Rüstungskonversion erschweren oder gar verhindern.